



Zehn Thesen zur Orientierungsstufe in Niedersachsen

Anna Maier-Pfeiffer / Christian Pfeiffer

Vorbemerkung: Das nachfolgende Thesenpapier wurde teilweise bewusst provokativ formuliert. Es erhebt nicht den Anspruch, zu dem umstrittenen Thema alle Pro- und Kontra-Argumente erschöpfend darzustellen. Sein Zweck ist es vielmehr, zur Diskussion anzuregen und eine teilweise festgefahrene Debatte wieder in Gang zu bringen. Die Thesen beruhen vor allem auf zahlreichen Diskussionen mit Lehrern und Eltern sowie unseren eigenen Erfahrungen als Mutter und Vater zweier schulpflichtiger Kinder. Besonders hervorheben möchten wir die intensiven Debatten, die wir mit Uwe Kienbaum führen konnten, einem Lehrer aus Aerzen/Landkreis Hameln, der dort gleichzeitig an einer Orientierungsstufe und einer Hauptschule unterrichtet. Über viele Jahre hinweg war er Vorsitzender des GEW-Bezirk Hameln. Ihm verdanken wir viele inhaltlichen Anregungen und zudem nachhaltigen Rückhalt für die in unserem Papier vertretenen Positionen. Hinzu kommen Eindrücke aus einer großen Zahl von Vortragsveranstaltungen in Niedersachsen zum Thema "Gewalt in der Schule", bei denen ich (Christian Pfeiffer) oft Gelegenheit hatte, mit den Zuhörern über die Zukunft der Orientierungsstufe zu diskutieren. Sobald das Thema zur Sprache kam, gab es fast nur kritische Äußerungen, die jeweils mit starkem Beifall bedacht wurden. Vereinzelt meldeten sich auch Verteidiger der Orientierungsstufe (meist Lehrer dieses Schultyps). Sie fanden jedoch mit ihren Argumenten wenig Zustimmung. Fairerweise muss ich ergänzen, dass ich selber bei diesen Veranstaltungen meine Kritik an der Orientierungsstufe jeweils deutlich artikuliert habe.

These 1: Die Orientierungsstufe - eine Winner-Loser-Kultur.

Durch den Übergang in die gesonderte Schulform Orientierungsstufe werden Schüler und Eltern darauf fixiert, dass es jetzt um Gewinnen oder Verlieren geht. Das zweijährige Beobachten und "Sortieren" der Schülerinnen und Schüler, das in die Laufbahnempfehlung mündet, erhält in der pädagogischen Arbeit dieser Schulform ein problematisches Übergewicht. Insbesondere für leistungsschwächere Schülerinnen und Schüler hat das nachhaltige schädliche Auswirkungen. Ihnen wird über zwei Jahre hinweg immer wieder bewusst gemacht und am Schluss auch noch schriftlich gegeben, dass sie es nicht schaffen werden, an das Gymnasium bzw. die Realschule zu gehen. Mit akribischer Genauigkeit werden zwei Jahre lang ihre Defizite im Vergleich zu den guten Schülern erfasst, anstatt ihre Stärken zu entwickeln.

Bereits im Jahr 1985 stellte der damalige Abteilungsleiter im Kultusministerium Niedersachsen, Ministerialdirigent Kurt Bettsteller, aus der Sicht seines Ministeriums bei einer Tagung der Evangelischen Akademie Loccum zur Orientierungsstufe folgendes fest: "In nahezu allen Berichten der Bestandsaufnahme Hauptschule wird zum Ausdruck gebracht, dass es in der Nahtstelle zwischen Orientierungsstufe und Hauptschule zur Zeit Übergangsschwierigkeiten gibt. Zahlreiche Schüler kommen mit gestörtem Selbstbewusstsein in die Hauptschule. Selbstwertgefühl und Könnensgefühl sind nicht hinreichend genug ausgeprägt. Ein Teil der Schüler sieht sich als negative Auslese. Auch wird beklagt, dass den Schülern vielfach noch die notwendigen Grundkenntnisse und Grundfertigkeiten, besonders in Mathematik und Deutsch, fehlen." Daran hat sich offenkundig im Laufe der letzten 15 Jahre nichts geändert. Auch heute sind die Hauptschüler zum großen Teil vom Gefühl des Versagens gekennzeichnet und empfinden sich als die Verlierer der Orientierungsstufe.

Wir wollen damit nicht bestreiten, dass die Orientierungsstufe, als sie in den 70-er Jahren schrittweise eingeführt wurde, gegenüber dem damaligen Schulsystem einen Fortschritt brachte. Damals war für die Aufnahme in das Gymnasium oder die Realschule Voraussetzung, dass die Grundschule eine

entsprechende Empfehlung abgab. Die Orientierungsstufe konnte diese Aufgabe zweifellos besser wahrnehmen als die vierjährige Grundschule und förderte damit zunächst die Chancengleichheit. Seit die Eltern aber selber die Schullaufbahnentscheidung treffen, hat dieses Argument an Bedeutung verloren. Heute überwiegen unseres Erachtens die oben und in den nachfolgenden Thesen beschriebenen Nachteile der Orientierungsstufe.

These 2: Eine Folge der Orientierungsstufe: Die Hauptschule wird zur unattraktiven Restschule entwertet.

Die Hauptschule hat zumindest im ersten Jahr beträchtliche Schwierigkeiten, die durch die Orientierungsstufe reichlich demotivierten Kinder wieder auf Kurs zu bringen. Zudem reduziert die kurze Dauer von drei Jahren ihre Möglichkeiten, ein eigenes Profil zu entwickeln und die Schüler optimal auf den Übergang in die Berufsausbildung vorzubereiten. In diesem Zusammenhang verdient Beachtung, was sich im Rahmen einer bundesweit vom KFN in elf Städten durchgeführten Repräsentativbefragung von Schülerinnen und Schülern 9. Klassen gezeigt hat. Besonders für die Hauptschulen aus den vier niedersächsischen Städten haben sich erheblich größere Schulabsentismusprobleme ergeben als in den drei süddeutschen Vergleichsstädten mit ihren fünf Jahrgangsstufen der Hauptschulen. Bei den Gymnasien und Realschulen dagegen war dieses Nord-Süd-Gefälle nicht festzustellen. Die Vermutung liegt nahe, dass die großen regionalen Divergenzen zur Häufigkeit des Schuleschwänzens bei Hauptschulen auch durch ihre unterschiedliche Attraktivität und Qualität beeinflusst werden. Gegenwärtig ist das KFN dabei, diese Frage in einem gesonderten Forschungsprojekt zu untersuchen.

These 3: Leistungsschwache und leistungsstarke Schüler kommen in der Orientierungsstufe zu kurz, das Mittelfeld steht unter Druck.

Für eine Optimierung ihres schulischen Lernens brauchen leistungsschwächere Schüler eine Reduzierung des Unterrichtsstoffes und spezifische Lehrmethoden. Die Orientierungsstufe bietet insbesondere in der 6. Klasse hierfür zu wenig Möglichkeiten. Selbst die B-Kurse erlauben keine ausreichende Differenzierung, weil diese auch von den zukünftigen Realschülern besucht werden. Demgegenüber hätte eine Hauptschule, die bereits ab der 6. Klasse beginnt, weit bessere Möglichkeiten, für ihre spezifische Klientel eine auf ihren Leistungsstandard abgestimmten Unterricht anzubieten und den Schülerinnen und Schülern Erfolgserlebnisse und die Lust am Lernen zu vermitteln.

Die leistungsstarken Schülerinnen und Schüler wiederum können in der Orientierungsstufe, abgesehen von den A-Kursen der 6. Klasse, ebenfalls nicht entsprechend ihren Möglichkeiten gefördert werden. Und auch für das Mittelfeld erscheinen zwei von Stress und Leistungsdruck geprägte Jahre zur Vorbereitung einer schlichten Schulprognose unverhältnismäßig lang.

These 4: Der zweifache Schulwechsel zerstört Freundschaften und behindert schulische Lernprozesse.

Gerade dann, wenn die 10- bis 12-jährigen Kinder selbständiger werden und Freundschaften unter Gleichaltrigen für ihre Entwicklung sehr an Bedeutung gewinnen, werden diese Beziehungen durch die Orientierungsstufe und den nochmaligen Wechsel in eine andere Schulform häufig zerstört. Zudem muß durch den zweimaligen Schulwechsel viel Zeit und Kraft dafür aufgewendet werden, jeweils neue Klassengemeinschaften zu entwickeln und sich in der jeweils neuen Schule zurechtzufinden. Bei nur einem Schulwechsel verläuft dieser Prozeß wesentlich harmonischer und kostet weniger Unterrichtszeit.

These 5: Die "Drei-Klassen-Gesellschaft" der Lehrer in einer Orientierungsstufe erschwert es für das Kollegium, zu einer "Corporate Identity" zu finden.

In einer Orientierungsstufe finden wir Lehrer aus drei unterschiedlichen Gehaltsstufen: Abgeordnete Gymnasiallehrer, abgeordnete Realschullehrer sowie Haupt- und Grundschullehrer. Hinzu kommt, dass die aus anderen Schulformen abgeordneten Lehrer teilweise auch noch in anderen Schulen beschäftigt sind und deswegen als Teilzeitkräfte nicht richtig in das Lehrerkollegium hineinwachsen. Dies alles erschwert die Bildung eines "Wir-Gefühls" unter den Lehrern. Es entstehen Gruppen und Grüppchen, die wenig miteinander kooperieren.

These 6: Orientierungsstufe für die Lehrer: "Immer das Gleiche".

Angesichts von nur zwei Schuljahren wiederholt sich der Unterrichtsstoff für die Lehrer in schneller Folge. Für viele wird daraus eine langweilige Routine. Darunter leidet die Qualität des Unterrichts. Zudem behindert die zu starke Ausrichtung auf Beobachtung und Einstufung die Entwicklung einer an den Stärken der Schülerinnen und Schüler orientierten Pädagogik. Damit wollen wir nicht bestreiten, dass es gerade auch in der Orientierungsstufe sehr engagierte Lehrerinnen und Lehrer gibt. Wir meinen allerdings, dass sie ihre wichtige Arbeit unter unnötig erschwerten Rahmenbedingungen zu leisten haben.

These 7: Orientierungsstufe für die Eltern: Viel Stress und wenig Engagement.

Nur die Eltern sehr leistungsstarker Kinder gehen relativ locker auf die Orientierungsstufe zu. Für die anderen sind die zwei Jahre vielfach mit Ängsten und Stress verknüpft, weil sie den langen Selektionsprozess als bedrohlich und belastend erleben. Da die Klassengemeinschaft nach zwei Jahren wieder aufgelöst wird, reduziert das zudem für viele Eltern die Bereitschaft beträchtlich, sich in der Schule zu engagieren. Das zeigt sich beispielsweise an der Leistungskraft der Fördervereine, die bei Orientierungsstufen meist sehr niedrig ausfällt.

These 8: Der Zwang, die örtlich zuständige Orientierungsstufe zu wählen, verringert für die Schulen die Leistungsmotivation und fördert bei den Eltern das Lügen.

Die Tatsache, dass es im Hinblick auf die Orientierungsstufe, anders als bei den Gymnasien, keine Wahlfreiheit der Eltern gibt, verschärft das Problem der Qualität der Schule. Da die Kinder die für sie jeweils örtlich zuständige Orientierungsstufe besuchen müssen, braucht sich diese nicht um ihre Kundschaft zu kümmern und kann, ohne Konsequenzen fürchten zu müssen, die Zügel schleifen lassen. Dies fördert die Entstehung beträchtlicher Qualitätsunterschiede unter den Orientierungsstufen mit grotesken Folgen bei den Eltern. Um einer Orientierungsstufe, die einen schlechten Ruf hat, zu entgehen, trennen sich Familien auf dem Papier. Auf diesem verschaffen sie ihrem Kind einen Wohnort im Einzugsbereich der gewünschten besseren Schule. Andere erfinden alle möglichen Geschichten, um die Bezirksregierung davon zu überzeugen, dass ihr Kind nur bei Besuch einer bestimmten Orientierungsstufe eine gesicherte Nachmittagsbetreuung erreicht oder von anderen schwerwiegenden Nachteilen verschont bleibt. Mit der Trennungslüge sind die Eltern nahezu immer erfolgreich, und auch mit den anderen Täuschungsmanövern haben sie eine gute Chance, die gewünschte Schule zu erreichen. Die Kinder bekommen natürlich sowohl in den eigenen Familien wie denen der Freunde alles mit und lernen daraus: Der Ehrliche ist der Dumme.

These 9: Zentrale Argumente, die zur Verteidigung der Orientierungsstufe immer wieder vorgebracht werden, halten einer kritischen Überprüfung nicht stand.

Zur Verteidigung des bisherigen Niedersächsischen Schulsystems wird häufig behauptet, es sei der Orientierungsstufe Niedersachsens zu verdanken,

- dass es in unserem Land im Vergleich zu allen anderen Bundesländern die höchste Prognosesicherheit im Hinblick auf den späteren Schulverlauf gäbe – über 80 % der Eltern würden sich an die Empfehlung der Orientierungsstufe halten,
- dass die Quote der Sitzenbleiber niedriger liegt als in den meisten anderen Bundesländern,
- dass in Niedersachsen die höchste Quote von mittleren und höheren Schulabschlüssen erzielt wird.

Alle drei Thesen halten einer kritischen Überprüfung nicht stand.

- Die erste These entbehrt jeglicher empirischen Grundlage. Bis heute gibt es keine einzige länderübergreifende Untersuchung zu der Frage, welches Schulsystem für den Übergang zur Sekundarstufe I die beste Prognosequalität von Schullaufbahneempfehlungen erreicht. Die Kultusminister haben ein derartiges, länderübergreifendes Forschungsprojekt offenkundig nie gewollt. Es gibt lediglich auf einzelne Bundesländer bezogene Analysen wie z. B. die des Landes Baden-Württemberg aus dem Jahr 1999. In dieser, die letzten 14 Schuljahrgänge umfassenden Untersuchung stellen die vom Baden-Württembergischen Kultusministerium beauftragten Wissenschaftler fest, dass die nach der vierten Grundschulklasse abgegebene Bildungsprognose und die darauf basierende Schullaufbahneempfehlung in Bezug auf die Hauptschule zu 93 % durch den Schulverlauf bestätigt wurden. Die Empfehlungen für die Realschule erwiesen sich zu 91 % als zutreffend, die für das Gymnasium zu 92 %.

Kann man angesichts dieser im Vergleich zu Niedersachsen deutlich höheren Übereinstimmung von Schullaufbahneempfehlung und dem später tatsächlich zu beobachtenden Schulbesuch folgern, das dortige Schulsystem sei dem Niedersächsischen im Hinblick auf den Übergang zur Sekundarstufe I überlegen? Dies wäre genauso falsch wie die hierzulande verbreitete gegenteilige Behauptung. Die Daten der beiden Länder sind nicht vergleichbar, weil der Übertritt in einer von der Grundschule nicht empfohlene Schulart in Baden-Württemberg (wie auch in einigen anderen Ländern) vom Bestehen einer Aufnahmeprüfung abhängig ist. In Niedersachsen dagegen entscheiden allein die Eltern, ob sie der Empfehlung der Orientierungsstufe folgen wollen.

- An der zweiten These ist immerhin richtig, dass Niedersachsen eine vergleichsweise niedrige Quote von "Sitzenbleibern" aufweist. Dieser positive Befund sollte jedoch nicht als Folge der Orientierungsstufe hingestellt werden. Bereits ein Blick in die Schulstatistik der verschiedenen Bundesländer zum Anteil der Wiederholer macht über alle Schultypen und – klassen hinweg eines deutlich. Es gibt Bundesländer, zu denen Niedersachsen nicht zählt, in denen leistungsschwächere Schüler generell mit strengeren Noten und damit einem höheren Risiko des Sitzenbleibens rechnen müssen – unabhängig vom jeweiligen System des Übergangs in die Sekundarstufe I. Beispiele sind hier Bayern und Baden-Württemberg.

Zum zweiten fällt in Niedersachsen im Vergleich der siebten und achten Klassen von Gymnasien und Realschulen eine Besonderheit auf, die etwa in Bayern und Baden-Württemberg nicht zu beobachten ist. Die Quote der Sitzenbleiber liegt in der achten Klasse bei den Realschulen um etwa die Hälfte und bei den Gymnasien um das Doppelte über der der siebten Klassen. Die Erklärung hierfür bietet die Niedersächsische Versetzungsordnung. Danach können hier

Jugendliche, die in der siebten Klasse das Klassenziel nicht erreicht haben vom Gymnasium in die achte Klasse der Realschule bzw. von der Realschule in die achte Klasse der Hauptschule wechseln, sofern sie von der Orientierungsstufe ohnehin eine entsprechende Schullempfehlung erhalten hatten. Das Wiederholen der Klasse bleibt ihnen also erspart. Diese Regelung ist sehr zu begrüßen, weil sie den Betroffenen ein Jahr zusätzliche Schulzeit sowie das Stigma des Sitzenbleibens erspart. Sie ist damit eine Hauptursache dafür, dass Niedersachsen insgesamt betrachtet in den Realschulen und Gymnasien eine relativ niedrige Quote von Klassenwiederholern aufweist.

- Auch im Hinblick auf die mittleren und höheren Schulabschlüsse erscheint die Behauptung, Niedersachsen würde hier dank der Orientierungsstufe im Vergleich der Länder einen Spitzenwert einnehmen, sehr angreifbar. Niedersachsen erreicht diese hohe Quote nur wegen seines vergleichsweise sehr hohen Anteils von Realschulabsolventen. Dieser ist wiederum nicht primär der Orientierungsstufe zuzurechnen, sondern vor allem der Tatsache, dass in Niedersachsen Jahr für Jahr ein Viertel bis fast ein Drittel der Eltern die Empfehlung der Orientierungsstufe, ihr Kind in die Hauptschule zu schicken, nicht folgt.

Betrachtet man nur die höheren Schulabschlüsse, ergibt sich im Übrigen ein völlig anderes Bild. Im Vergleich aller Bundesländer zum Anteil der 17- bis unter 20-Jährigen, die pro Jahr die Fachhochschulreife bzw. die Hochschulreife erreicht haben, steht Niedersachsen mit einer Quote von 33,1 % an viertletzter Stelle. Den Spitzenplatz nimmt mit 49,1 % Nordrhein-Westfalen ein. Während also in Niedersachsen nur jeder dritte junge Mensch nach Abschluss seiner Schulausbildung die Berechtigung zum Studium erreicht hat, gilt das in Nordrhein-Westfalen für fast jeden zweiten. Beschränkt man diesen Vergleich auf die elf Länder, die beim Übergang in die Sekundarstufe I auf jegliche Aufnahmeprüfung verzichten und es letztlich den Eltern überlassen, welchen Schultyp sie wählen, steht Niedersachsen mit seiner Quote der 17- bis unter 20-Jährigen mit Fachhochschulreife bzw. Hochschulreife sogar nur an vorletzter Stelle (nur noch von Mecklenburg-Vorpommern unterboten, vgl. Tabelle 1.3 der Statistik der allgemeinbildenden Schulen in Niedersachsen 1998/1999).

These 10: Die Alternative heißt: Fünf Jahre Grundschule - und anschließend vier Jahre Hauptschule, fünf Jahre Realschule und (wie bisher) sieben Jahre Gymnasium. Das sechste Schuljahr wird dadurch ein Jahr des Beobachtens und der Überprüfung der von der Grundschule abgegebenen Prognose.

In Niedersachsen können sich die Eltern über die nach sechs Jahren anstehende Schullempfehlung hinwegsetzen. Von diesem Recht machen sie in steigendem Maß Gebrauch. Das gilt besonders in Bezug auf die heute bei etwa 40 % der Kinder ausgesprochene Hauptschullempfehlung. Mitte der achtziger Jahre haben die Eltern dieser Kinder nur in knapp jedem sechsten Fall dieser Empfehlung widersprochen und sich für die Realschule oder gar das Gymnasium entschieden. Im Jahr 1999 dagegen sind sie der Hauptschullempfehlung bereits in fast jedem dritten Fall nicht mehr gefolgt. Die durch die Orientierungsstufe zur Restschule verkümmerte Hauptschule erscheint den betroffenen Eltern offenkundig immer häufiger als wenig attraktive Lösung. Man muss davon ausgehen, dass dieser Trend anhalten wird, wenn es nicht gelingt, die Hauptschule nachhaltig zu stärken. Ihre notwendige Aufwertung lässt sich unseres Erachtens nur erreichen, wenn man der Hauptschule, wie hier vorgeschlagen, ein zusätzliches Jahr zubilligt und den so erweiterten Rahmen dann mit Inhalten ausfüllt, die die Attraktivität des Schultyps deutlich erhöhen.

Eine denkbare Alternative zu dem hier vorgeschlagenen Modell einer vierjährigen Hauptschule wäre auch, die Hauptschule und die Realschule zu einer integrierten Schulform zusammenzufassen. Die Hauptschüler würden davon möglicherweise profitieren. Die Realschüler dagegen hätten wohl einige Nachteile in Kauf zu nehmen, weil der Unterricht stärker als bisher auf die Förderung der Leistungsschwachen abgestellt werden müsste und weil sich der Anteil von Problemkindern in den

Klassen deutlich erhöhen würde. Zu diesem Schulkonzept konnten wir uns bisher keine hinreichend fundierte Meinung bilden. Sollte es in die Debatte einbezogen werden, wäre der beste Weg wohl der, die offenen Fragen im Wege eines Schulversuchs zu klären.

Als Folge einer Abschaffung der Orientierungsstufe und der Einführung einer fünfjährigen Grundschule würden auch die Realschulen profitieren und ein Schuljahr hinzugewinnen. Im Hinblick auf das Gymnasium muss beachtet werden, dass nach Ansicht von Bildungspolitikern viel dafür spricht, das Abitur generell (und nicht nur für sogenannte Turboklassen) nach zwölf Jahren einzuführen. Dann aber würde mit unserem Modell der Nachteil vermieden, dass sich die Gymnasialzeit auf sechs Jahre verkürzt. Es bliebe bei sieben Jahren, weil man das "oben" eingebüßte Jahr "unten" hinzubekommen würde. Zudem wäre es dann möglich, die zweite Fremdsprache bereits in der sechsten Klasse anzubieten.

Bei der hier vorgeschlagenen Lösung wird der auf fünf Jahre ausgeweiteten Grundschule die Aufgabe übertragen, eine Empfehlung über den weiteren Schulbesuch des Kindes abzugeben. Kritiker dieses Modells sehen die Gefahr, dass die Grundschule dadurch wesentlich an Qualität verliert. Sie befürchten, dass der Leistungsstress, der durch eine bevorstehende Schullaufbahneempfehlung nun einmal entsteht, das bisherige Grundschulklima grundlegend ändert. Wir halten dem entgegen, dass auch bei unserem Modell die ersten vier Jahre der Grundschule weitgehend so gestaltet werden können wie bisher. Erst in der 5. Klasse wird es ernst. Aber auch hier gilt ja weiterhin, dass die Schule nur eine Empfehlung abgibt und die Schullaufbahnentscheidung von den Eltern getroffen wird. Außerdem ist zu beachten, dass die Schüler und Schülerinnen in einer 5. Grundschulklasse den Stress weit besser verarbeiten können als in der Orientierungsstufe. Sie befinden sich ja weiterhin ohne Schulwechsel im Kreis ihrer Freunde und im vertrauten Rahmen der Grundschule.

Im Vergleich zum bayerischen System, bei dem die Schülerinnen und Schüler bereits nach der 4. Klasse den Wechsel in die anderen Schultypen antreten, bedeutet das zusätzliche 5. Schuljahr, dass die Grundschulen erweiterte Möglichkeiten haben, die Entwicklung des Kindes zu verfolgen und seine Leistungsfähigkeit richtig einzuschätzen. Außerdem eröffnen sich so in einigen Fächern im Vergleich zum bisherigen System gute Perspektiven, den Unterricht anspruchsvoller und interessanter zu gestalten. Das gilt beispielsweise für das Fach Englisch. Bisher wird dieses an den Grundschulen teilweise recht stiefmütterlich behandelt. Wenn hier eine 5. Klasse hinzu kommt, lohnt es sich, von den Orientierungsstufen spezialisierte Englischlehrer und -lehrerinnen an die Grundschulen zu holen mit der Folge, dass sich dann auch die Unterrichtsqualität in den 3. und 4. Klassen verbessert.

Als Folge eines qualifizierten Englischunterrichts an fünfklassigen Grundschulen würde sich zudem die Prognosesicherheit der von ihnen abgegebenen Schullaufbahneempfehlung beträchtlich erhöhen. Erst dadurch sind sie in der Lage, die Fähigkeit der Schülerinnen und Schüler, eine Fremdsprache zu erlernen, mit in die Prognose einzubeziehen. Im Vergleich zur bisherigen Orientierungsstufe ist ferner zu beachten, dass die Prognose nach der fünften Klasse Grundschule auf einer mehr als doppelt so langen Erfahrungszeit mit dem Kind beruht als sie eine Orientierungsstufe erreichen kann. Sie dürfte auch aus diesem Grund besser fundiert sein. Hinzu kommt, dass die in den Thesen eins bis acht beschriebenen Nachteile der Orientierungsstufe weitgehend vermieden werden können.

Bei einer Abschaffung der Orientierungsstufe käme theoretisch auch in Betracht, die Grundschule auf sechs Jahre auszuweiten. Dies hätte die Konsequenz, dass die Differenzierung nach der Leistungsfähigkeit der Schülerinnen und Schüler im Vergleich zu dem hier vorgeschlagenen Modell ein Jahr später stattfinden würde. Wir sehen für diese Lösung schon deshalb keine Realisierungschance, weil beträchtliche Kosten dafür aufgewendet werden müssten, die Aufnahmekapazität der Grundschulen zu erweitern, die ja bisher nur für vier Jahrgangsstufen ausgelegt sind.

Bei dem hier vorgeschlagenen Modell einer fünfjährigen Grundschule sollte die 6. Klasse in allen drei Schultypen dazu genutzt werden, noch einmal zu überprüfen, ob das Kind nun den seinen Fähigkeiten optimal entsprechenden Schultyp besucht. Für manche Kinder eröffnet ein Schulwechsel auch die Chance, unter den veränderten Rahmenbedingungen in der neuen Schule bessere Leistungen zu bringen als zuvor. Ihnen müsste deshalb am Ende des 6. Schuljahres gezielt die Möglichkeit eingeräumt werden,

"nach oben" zu wechseln. Und umgekehrt könnte am Ende der 6. Klassen in den Gymnasien für manche Kinder die Empfehlung lauten, dass sie an einer Realschule besser aufgehoben sind. Erneut bliebe es den Eltern überlassen, ob sie derartigen Ratschlägen Folge leisten wollen.

Gegen den Vorschlag, die Orientierungsstufe abzuschaffen, wird häufig das Argument vorgetragen, Niedersachsen könne sich eine derartige Schulreform finanziell gar nicht leisten. Sie würde etwa eine Milliarde DM kosten. Wir halten diese Schätzung für völlig überzogen. Sie beruht auf Modellrechnungen, die man für den Fall einer sechsjährigen Grundschule durchgeführt hat. Sollte man sich für die Einführung einer fünfjährigen Grundschule entscheiden, ist ein Aspekt zu beachten, der unseres Erachtens in der schulpolitischen Diskussion zu wenig berücksichtigt worden ist. Nach den Prognosen des Niedersächsischen Kultusministeriums ist innerhalb der nächsten 15 Jahre an den Grundschulen des Landes mit einem Rückgang der Schülerinnen und Schüler um 29 % zu rechnen – von den 384.252 Schülerinnen und Schülern des Jahres 1999 auf 272.664 im Jahr 2015 (vgl. Tabelle 2.1.2, Statistik der allgemeinbildenden Schulen in Niedersachsen 1998/99).

Zwar ist diese Schätzung im Hinblick auf die heute noch nicht geborenen Kinder ab dem Jahr 2006 mit Unsicherheiten behaftet. Man wird aber trotzdem davon ausgehen können, dass die Einführung der fünften Grundschulklasse mittelfristig betrachtet etwa die Einbuße an Schülerinnen und Schülern ausgleichen würde, die voraussichtlich als Folge des Geburtenrückgangs entsteht. Kapazitätsprobleme wären als Folge des hier vorgeschlagenen Konzeptes mittelfristig also nur bei Hauptschulen und Realschulen zu erwarten, die einen zusätzlichen Jahrgang aufzunehmen hätten. Bei den Gymnasien hängt die Prognose entscheidend davon ab, ob es zu der generellen Einführung des Abiturs nach der zwölften Klasse kommen wird. Angesichts der offenen Fragen, die hier zu klären sind, schlagen wir vor, dass im Kultusministerium eine Arbeitsgruppe eingerichtet wird, die differenzierte Modellrechnungen durchführt und dazu einen Bericht vorlegt, der auch von Außenstehenden eingesehen und geprüft werden kann.